

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: **Dr. G. H.**

Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: **P. R. Schmidt.**
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nachfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile ober-
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Fruchtpreise zu Neuß am 21. Januar.

Weizen	1. Qual.	22 10	Safer	14 50
	2. "	21 10	Rüben (Aveel)	—
	3. "	—	Raps 1. Qual.	27
Sandroggen	1. Qual.	20 60	" 2. Qual.	25 50
	2. "	19 60	Kartoffeln	5
Winter-Weizen	1. Qual.	19 30	Heu	10
	2. "	18	Roggenstroh per Schock	42
			a 600 Kilo.	—
Weizen und Roggen höher				59
Rübel per 100 Kilo in Partien von 100 Ctr.				61
Rübel per 100 Kilo laßweise				—
Gereinigt Del per 100 Kilo 3. — M. höher als Rübel.				155
Breitschmalz per 100 Kilo				32
Weizen Vorkauf 00 per 100 Kilo				5
Weizen per 50 Kilo				80
Rübel und Kucheln unverändert.				—

Landtagsverhandlungen.

CPC. Berlin, 19. Jan. Im Abgeordnetenhaus wurde heute zunächst der Antrag des Abg. v. Lüdeman besprochen, wonach die Staatsregierung ersucht werden soll, in Erwägung zu ziehen, ob nicht bei fernerer Begehung von Anleihen auch Staatspapiere auf Namen auszugeben seien. Abg. Beifert hat dazu einen Änderungsantrag eingebracht, wonach Inhaberpapiere auf Antrag des Inhabers in Papiere auf Namen sollen verwandelt werden können und umgekehrt ferner die Zustimmung des A. L. R. aufgehoben wird, daß solche Papiere außer Cours gesetzt sind, wenn der Eigentümer sein Recht daran auf eine in die Augen fallende Art auf dem Instrumente selbst vermerkt hat. Antragsteller v. Lüdeman begründete seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß in allen größeren Staaten die Einrichtung der Staatspapiere auf Namen existiere und segensreich gewirkt habe. Sie sei die sicherste und billigste Art, Kapitalien anzulegen und werde der Speculation dauernd entgegenwirken; sie solle sich möglichst an unser hypothekarisches Anschließen und die durch Wissenschaft und Praxis als schädlich anerkannte Auktion und Versteigerung der Papiere abschaffen. Abg. Beifert hob hervor, daß auch sein Antrag die Schaffung größerer Sicherheit bezwecke und wie der v. Lüdeman's die Frage nahe bringe, was den besten Schutz gegen den Diebstahl von Papieren gewähre. Die Auktion durch Privatvermerk und durch Vermerk von Behörden schaffe zahlreiche Schwierigkeiten und bedürfe der Reform. Der Antrag Lüdeman führe zu beschwerlichen Weitläufigkeiten. Die Umschreibung denke sich, wie die Umschreibung der badiischen Eisenbahnanleihen, die nur durch die Staatsschuldentilgungs-Commission vorgenommen

werden könne. Finanzminister Bitter sagte zu, daß die Staatsregierung beide Anträge, welche Abschaffung der Auktion und Anbahnung des alleinigen Gebrauchs der Namenspapiere in gleicher Weise beabsichtige, in wohlwollende Erwägung ziehen werde. Das Bedürfnis einer Abänderung der bestehenden Einrichtung sei nicht zu bestreiten, da die Verhältnisse sich vielfach geändert hätten. Jedoch unterliege die Sache manchen Schwierigkeiten.

Nachdem noch der Abg. Kalle dem Abg. Lüdeman zugestimmt, und Abg. Franke Bedenken gegen die Zulässigkeit des Antrags Beifert geäußert, wurden beide Anträge der Kgl. Staatsregierung zur Erwägung überwiesen. — Sodann folgten Berichte verschiedener Commissionen über Petitionen, die meistens nur von lokalem Interesse waren. Ein ehemaliger Güterbesitzer der Oberschlesischen Eisenbahn, der sich im Dienste eine partielle Lähmung der Sehnerven zugezogen, die schließlich derart zunahm, daß er wegen Blindheit mit einem seinem Dienstalter entsprechenden Ruhegehalt pensioniert werden mußte, bittet um Gewährung einer Pension von 3/4 seines Gehaltes, da seine Petitionen an den Minister und schließlich an Se. Majestät erfolglos geblieben. Die Commission beantragt, die Petition zur Erörterung im Plenum nicht als geeignet zu erachten, dagegen wollte Abg. v. Lüdeman, wie sie der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen seien, da Petent nach dem Pensionireglement 3/4 seines Dienstehaltens zu erhalten habe, den Rechtsweg eher aus Mangel an Geld nicht beschreiten könne. Die Commission habe es sich zu leicht gemacht und den formellen Standpunkt zu sehr betont. Nach längerer Debatte, in welcher Abg. Leonhard die Commission in Schutz nahm, Abg. v. Meckrich die Berücksichtigung des Antrags v. Lüdeman bestritt, Abg. Reichensperger (Köln) dagegen ihn für materiell berechtigt erklärte, änderte Abg. v. Lüdeman seinen Antrag dahin ab, daß er die Petition der Staatsregierung „zur nachmaligen Erwägung“ zu überweisen vorschlug. — Doch auch in dieser Form wurde der Antrag abgelehnt, der Kommissionsantrag dagegen angenommen. — Die Stadtschuldeputation von Heilsberg beschwerte sich darüber, daß der dortige Kreis-Schulinspektor als ständiger Kommissar der Kgl. Regierung an allen Sitzungen derselben theilnahme und seine Stimme abgebe. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Die Centrums-Abgeordneten Dr. Windthorst, Häffer, und Kolberg beantragten dem entgegen, die Petition der Staatsregierung zur Abhilfe zu überweisen, indem sie geltend machten, daß in Heilsberg, als einer kleinen Stadt von 5-6000 Seelen, der Kreis-Schulinspektor nicht, wie es geschieht für große Städte bestimmt sei, durch die bloße Ernennung in seinem Hauptamt von selbst in die Funktionen der Superintendenten und Dekanten innerhalb der städtischen Schuldeputation eintrete. Der Schulinspektor sei nicht der Nachfolger des Superintendenten, beide Aemter bedekten sich nicht und darum könne ersterer nicht eo ipso

die Rechte des letzteren beanspruchen. Vom Regierungs-Rath wurde dagegen der Nachweis zu führen gesucht, daß nach einer Ministerialverfügung von 1826 Heilsberg in Schulangelegenheiten, da es über 3000 Einwohner habe, zu den größeren Städten zu rechnen, und der Schulinspektor der technische Nachfolger des Superintendenten sei. Bei der Abstimmung wurde der Centrumsantrag abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen. — Eine Petition von 39 Justiz-Advokaten um Verbesserung ihres Dienstehaltens wurde der Staatsregierung zur thunlichsten Berücksichtigung überwiesen. — Die übrigen Petitionen waren nicht von allgemeinem Interesse. — Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Tages-Ordnung: Novelle zum Lehrer-, Wittwen- und Waisen-Pensionsgesetz; Competenzgesetz; Schlachthausgesetz. — Schluß 4½ Uhr.

CPC. Berlin, 19. Jan. In der gestrigen Sitzung der Budgetcommission wurde unter Anderem der Etat der indirecten Steuern und der bekannte Antrag Richter sowie der Antrag Minnigerode besprochen. — Referenten waren die Abgg. v. Minnigerode, Mooren und Dr. Birchow. Abg. v. Minnigerode führte aus, in Folge der neuen Zoll- und Handelspolitik hätten die Reichs- und Handelsfinanzen einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Tabaksteuer besonders habe ganz erhebliche Beträge geliefert. Eine Steuererleichterung sei dem Volke in Folge der bekannten Reichstagsbeschlüsse versprochen und dürfe nicht länger ausgelegt bleiben. Der Reichstag werde durch die Beschlüsse des Landtages nicht vinculirt und behalte freie Hand. Eingehend spricht sich Redner gegen den Antrag Richter und für Annahme seines Antrages aus. Abg. Mooren schloß sich im Allgemeinen den Ausführungen v. Minnigerode an. Eine Reform des Systems unserer directen Steuern sei dringend geboten. Zunächst habe die Personalsteuer sich sehr drückend gestaltet, so habe z. B. die Königl. Regierung von Düsseldorf — und sie stehe darin gewiß nicht allein — eine Instruction für die Veranlagungsbehörden erlassen, worin es etwa heißt: wenn ein Besitzer so und soviel Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, so ihm ein hiernach bestimmtes Einkommen vindicirt und der entsprechende Personalsteuersatz gefunden werden. Diese Skale gestaltet sich um so unbilliger, weil die Behörden von der oft nicht zureichenden Unterstellung ausgehen, daß die betreffenden Einnahmen verschuldet seien. Freilich könnten dieselben ihre Schulden durch Vorlage von Zinsquittungen nachweisen, ein Verfahren, welches erfahrungsmäßig in vielen Fällen große Schwierigkeiten habe, weil manche dann eventuell höher zu besteuernde Gläubiger darauf oft mit Kündigung der Capitalien antworteten. In der That hätten auch die Realsteuern für den Besitzer, besonders wenn verschuldet, eine derartige Höhe erreicht, daß eine gründliche Verbesserung nicht länger verschoben werden könne. Die Communalumlagen — in vielen Gemeinden der westlichen Provinzen

Ein Vermächtniß.

Original-Novelle von E. Knackfuß.

(Fortsetzung.)
Noch ehe Judith mit Ausfühen der Notenbüste fertig war, trat Lingenfeld mit der kostbaren, wirklich schönen Harfe ein, sie beehrte sich deshalb und nahm ohne längeres Zögern das Instrument, welches sie gerade in der Hand hatte, mit, nicht recht eigentlich wissend, welches Lieder es enthalte.
Beide wurden in dem Gesellschaftszimmer mit Ausrufungen der Bewunderung über die schöne Harfe empfangen.
„Sie ist ein Geschenk meines guten, übergebenen Vaters!“ sagte Elisabeth so leise, daß nur der Geheimrath es hören konnte, der neben ihrem Sessel stand, als sie ihm die Harfe abnahm.
Alle Augen richteten sich auf das junge Mädchen. Volle fröhliche Accorde erklangen, sie spielte mit Meisterschaft und mit der seltensten Anmuth. „So ist sie gehörig gestimmt, also können wir anfangen.“ und Elisabeth blickte auf Judith, die auf die Lehn ihres Sessels gelehnt, neben ihr stand, sich zu ihr beugte und auf eines der Lieder in dem Notenbuche zeigte, welches Elisabeth ihr gegeben, ehe sie sich zum Spiel der Harfe niedersetzte.
Die jungen Mädchen wechselten noch einige Worte in Betreff des Liedes, lächelten, und Judith legte die Noten auf das hohe zierliche Stehpult, welches sie sorgsam so rühte, daß Elisabeth bequem darauf hinschauen konnte.
Wieder begannen Accorde, bald erklangen auch die jugendlichen Stimmen; es war ein eigenthümlicher Zusammenklang, eine wunderbare Harmonie in Judith's tiefen, mächtigen Tönen und in dem zauberhaften Schmelz, in dem glodenartigen, vollen, reinen Klang, den Elisabeth's Stimme auch in der Höhe hatte.
Die kleine französische Romanze aber, welche sie in dieser Weise sangen, wirkte auf die Zuhörer insgesamt, je nach der Stimmung des Einzelnen in ergreifender Weise. Der Inhalt war einfach das Abendlied einer Nonne am Tage ihrer ewigen Gelübde und drückte das bräutliche Glück ihres Berufes aus.
Zwei der Zuhörer jedoch wurden von dem Gesange förmlich erschüttert. Graf Mooren und einer der emigrierten Priester; Beide konnten sich der Thränen nicht erwehren; in Weiden erweckte das Lied Erinnerungen an eine längst verschwundene Zeit. Der fränkische, bleiche Priester, der bisher kaum ein Wort gesprochen hatte, ergabte, als das Lied zu Ende, wie oft seine einzige Schwester dasselbe mit ihm gesungen habe, wenn er zur Erholung von anstrengenden Studien den Landpfarrer seiner Eltern in der Wendee besuchte.
Theilnehmend hörte man zu, dies und jenes wurde gefragt, und so erfuhr man, daß diese Schwester später Nonne geworden sei.

Der Mitter, welcher sich inzwischen wieder vollständig gefaßt hatte, hörte aufmerksam zu und erzählte seinerseits, wie auch ihm dies Lied, welches er in seiner Jugend zu Paris im Hause einer ihm befreundeten Familie, des Grafen de Laclairnot, von der Tochter und einer ihrer Freundinnen habe singen hören, unvergeßliche, theure Erinnerungen erwecke.
„War es Felice de Laclairnot?“ fragte der verbannte Priester.
Noch niemals, seit er die junge Gräfin zum letztenmal gesehen, hatte Graf Mooren ihren Namen wieder ausgesprochen hören. Fast erschreckt blickte er den Frager an und es dauerte einige Sekunden, ehe er antwortete:
„Ja, Gräfin Felice!“
Wieder entstand eine Pause, dann folgte die Frage:
„Gaben Sie Gräfin Felice gekannt?“
„Sie ist meine einzige Schwester!“
„Sind Sie Graf Augustin?“ fragte jetzt der Minister erregt.
„Augustin Laclairnot“, erwiderte der Priester und blickte mit seinen großen dunklen Augen forschend und erstaunt in das Gesicht des Ministers, indem er sagte:
„Ich kenne Sie nicht.“
„Sie waren damals in Rom, ich habe aber oft ihren Namen nennen hören. Das Haus Ihres Herrn Vaters ist mir tief in das Gedächtniß gegraben“, erwiderte Graf Mooren und ein dunkler Schatten lag dabei in seinen Augen.
„So muß ich Sie doppelt willkommen hier in dem mir fremden Lande heißen; es thut immer wohl, von denen, die uns theuer sind, sprechen zu können, und zwar mit dem Bewußtsein, daß sie dem Hörenden nicht fremd, sondern ebenfalls theuer sind.“
„Und darf ich fragen nach Ihrer Schwester Gräfin Felice? Sie ging damals in's Kloster: seitdem habe ich nie wieder von ihr gehört, wohl aber habe ich den Tod des Grafen und später auch den seiner Gemahlin erfahren.“
„Meine Schwester, jetzt mehr Française, ist Nonne des Montmartre. Noch vor wenigen Tagen habe ich einige Zeilen von ihr erhalten, wenn es Ihnen irgend eine kleine Freude macht, dieselben zu lesen, werde ich das Briefchen sofort schicken.“
„Es würde mir eine mehr als große Freude sein, es lesen zu dürfen — jetzt nach so langen Jahren — in denen ich nichts von der unergreiflichen Gräfin gehört.“
Der Abbe stand auf, um in sein Zimmer zu gehen.
Geheimrath Lingenfeld und Judith waren der kleinen Unterredung mit Aufmerksamkeit gefolgt; für Beide war die weiche, warme Theilnahme, welche dabei aus dem ganzen Wesen des Ministers sprach, neu; er war heute überhaupt ganz anders, als es sonst seine Art zu sein pflegte.
Elisabeth sprach inzwischen mit der Braut und begann jetzt

auf deren Verlangen, von neuem Accorde auf der Harfe anguschlagen, um Veronika's Lieblingslied zu singen.
Eines jener kleinen, oft so tief ergreifenden deutschen Lieder wurde unachahmlich von ihr gesungen. Diesmal rannen Veronika's Thränen und zwar in der wehmüthigen Empfindung, die eine Braut erfährt — wenn sich ihrer der Gedanke bemächtigt — in welcher ganz anderes Leben sie durch ihre Vermählung tritt — wie da die frohe, harmlose Jugend aufhört — und der Ernst beginnt — der mit der Sorge für Andere in einer Weise das Leben erfährt und durchdringt, die bisher nicht gekannt, nicht empfunden wurde. Denn im Hause liebender Eltern ist die geliebte Tochter ein Gegenstand der zärtlichsten Sorge — ohne daß sie selbst in frühlichem Jugendsinn und Jugendmuth an dieser Sorge anders als durch die wohlthätige Empfindung der Wirkung derselben, in Schutz, in Sicherheit, in Liebe und allem Guten Theil hat. Veronika empfand ein heftiges Weh bei dem Gedanken, das geliebte Vaterhaus zu verlassen, das kleine Lied führte ihr das glückliche Leben, welches sie bisher hier geführt, so recht vor die Augen und in das innerste Fühlen des Herzens.
Graf Mooren betrachtete während des Gesanges die Sängerin genau, was er bisher in einer Art Verleththeit in sich selbst nicht gethan — und erstaunte über die edle Haltung und die so ganz ungewöhnliche Erscheinung derselben. Jetzt erst fiel ihm wieder ein, was er von Lingenfeld's Neigung zu ihr, in seinem Hause erzählen hörte.
Je mehr er sie betrachtete — je mehr Rieg der bis dahin ihm ferne Gedanke auf, es könne am Ende doch möglich sein: denn Elisabeth machte den Eindruck einer Seltenheit auf ihn, die gerade geeignet war, den Geheimrath zu fesseln.
Einfach und vornehm zugleich, ernst, edel, fest und dennoch mild und beweglich kam sie ihm so innig und liebenswürdig vor, wie eine Felice, die eben so ausgezeichnet und einfach erschien, wie dieses junge Mädchen vor ihm, die gleich einer Königin die goldenen Saiten der prächtigen Harfe anschlug, deren Stimme wie Glockenklang die Herzen bewegte. Dabei wünschte er mehr als jemals einen Mann von den Grundsätzen und der Haltung des Geheimrathes an sich und sein Herz zu fesseln; darum erfüllte ihn eine Art Leid über das, was er sich in Bezug auf Elisabeth eingestehen mußte.
Graf Mooren kam überhaupt heute aus einer Empfindung in die andere, seine ruhige, fähle, gewöhnliche Haltung hatte ihm seit seinem Aufenthalte in Paris verlassen; die Gährung, welche ihn dort umgab, hatte sich ihm gleich einer Ansteckung mitgetheilt.
Das Lied war zu Ende, das Spiel der Harfe verstummte, und der Abbe wieder eingetreten, — der kleine, zierliche Brief seiner Schwester, der Gräfin Felice, lag in den zitternden Hän-

bis zu 500 %, der Staatssteuer — werden aber zum Theil in Folge der staatlichen Gesetzgebung geradezu unerschwinglich. Wir setzen es der Bevölkerung schuldig auf Grund der bekannten Beschlüsse des Reichstages und des Gesetzes vom 1. Juli 1880 eine durchgreifende Erleichterung in den direkten Steuern mit gänzlicher Freilassung der unteren Stufen eintreten zu lassen. Ferner sei es der Meinung, daß im Interesse des Landes vorzugsweise das System der indirecten Steuern weiter ausgebildet werde. Hier können wir von unsern Nachbarn noch Manches lernen. Neulich brachten die Zeitungen eine Notiz, wonach die indirecten Steuern in Frankreich, bekanntlich die Basis seines genialen Finanzsystems — durch ihre natürliche Progression über 169 Mill. Francs außer Stat aufweisen. Dieses Beispiel könnte uns mit Reiz erfüllen. Warum ahmen wir es nicht nach? Leider haben wir uns bis jetzt nicht entschließen können, eine von der ausgleichenden Gerechtigkeit laut geforderte, energische Reform einzuführen. Diese reiche Finanzquelle würde allein dem bedrängten Lande mindestens 100 Mill. einbringen, das Defizit vollständig decken und dabei noch den großen Segen bringen, das demoralisirende Börsenspiel wirksam zu beschränken. Diesen Hinweis darf ich mir wohl erlauben, der ersten Prüfung unserer Finanzverwaltung zu empfehlen.

Abg. Dr. Virchow hatte lebhafteste Bedenken gegen den projektirten Steuererlaß. Wo sei die Deckung? Es sei äußerst bedenklich diese, wie projektirt, aus einer Anleihe zu entnehmen. Wenn Vorredner empfohlen habe, das System der direkten Steuern zu verlassen und zu indirecten überzugehen, so müsse er, um sein Präjudiz zu schaffen, sich dagegen entschieden verhalten. Was für das reiche Frankreich passe, sei für das weniger günstige Preußen nicht angezeigt. Letzteres müßte seine Haupternährung in den direkten Steuern suchen. Abg. Frhr. v. Huene betonte, auf Grund der bekannten Reichstagsbeschlüsse verlange die Bevölkerung einen durchgreifenden Steuererlaß. Das Centrum könne einem da uernd en Ersatze zu. Der Antrag von Minnigerode werde formell vor dem Reichstage den Vorzug, obwohl materiell mit demselben wesentlich übereinstimmend. Ob direkte oder indirecte Steuern, darüber wolle er sich heute nicht auslassen. Im weiteren vertrat Redner den bekannten Standpunkt des Centrums. — Es entspann sich sodann eine längere Debatte, an welcher sich besonders die Abgg. Dr. Weber (Sjuri), Dr. Virchow, Goh, Stengel, Weyrauch und Richter beteiligten. Der anwesende Finanzminister Bitter erläuterte den Standpunkt der Regierung in längerer Rede dahin: Die Regierung habe in Consequenz der vorjährigen Reichstagsbeschlüsse und des Gesetzes vom 18. Juli v. J. durchaus fortelt und loyal gehandelt. Vertrauensvoll erwarte sie das Votum der Budgetkommission und je nach dem Ausfalle desselben werde sie zu ihrer Stellung nehmen. Auch einem dauernden Steuererlaß widerspreche die Regierung nicht. Ein gründliches Steuer-Reform-Projekt sei den Provinzial-Verordneten zur Begutachtung vorgelegt und solle in der nächsten Landtags-sitzung zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Nach den maßvollen Erörterungen in der Presse sei es erfreulich, daß diese wichtige Frage in der Budgetkommission einer ruhigen, sachgemäßen Erwägung begehne. — Um 11 Uhr wurde die Sitzung auf heute Vormittag ausgesetzt. Heute wurden keine neuen Momente vorgetragen. Auffallender Weise erklärte sich auch Abg. Richter im Wesentlichen für den Steuererlaß. Bei der Abstimmung wurde der Antrag v. Minnigerode mit großer Majorität angenommen.

den des Ministers. Mit einer Erregung, die ihm das Herz schneller schlagen machte, las er die wenigen und doch so verhängnisvollen Zeilen:

„Mein theurer Augustin!
„Welche Zeiten sind es, in denen wir leben, welche Ereignisse umgeben uns! Der König guillotiniert, die Königin, ihre Kinder, Prinzess Elisabeth gefangen! Die Priester vertrieben und ausgewandert, wir Ordensleute in unsern Verstecken gequält, größtentheils zerstreut und aufgelöst, ach wie Vieles, wie Vieles sonst noch! Welch ein Trost, in einer Zeit solchen Umsturzes, solcher Erschütterung alles Bestehenden, fest zu stehen im innersten Boden der Kirche, die eine Säule und Grundfest der Wahrheit ist, die kein Abfall zerstört, die kein Decret aufhebt, die nicht überwunden wird von den Pfosten der Hölle. Was auch kommen mag — verbannt, vertrieben, ja bingschlachtet, wir sind überdies — den Schaaeren der heil. Martyrer beigelegt zu werden — im Zugniß für die ewige Wahrheit. Gott sei mit Dir und mir, in Ihm sind wir vereint, bei Ihm sehen wir uns wieder; wenn wir den guten Kampf in seiner freien Kirche auf Erden gekämpft, bleibt uns der ewige Triumph nicht aus.“

„Deine treue Schwester.“
Graf Mooren las die wenigen Zeilen dreimal und auf die allgemeine Bitte las der Abbe sie danach laut Allen vor. Der Eindruck derselben that sich zuerst in einem längeren tiefen Schweigen kund; dann aber wurden Worte der Begeisterung gesprochen. Jeder äußerte sich in seiner Art, Alle aber stimmten überein in dem Dank, Kinder der Kirche zu sein, in dem Verlangen, sich immer und überall als solche zu zeigen; lieber Gut und Blut zu verlieren, ja Alles zu opfern, Allem zu entsagen, als daran hindern oder stören könnte.

Vingenfeld und Graf Mooren hörten schweigend zu. Der Bräutigam brachte ein Hoch auf diese Gesinnung der Reue aus, es klangen die Gläser. — Vingenfeld stand auf und trat auch hinzu.

Geistliche Fröblichkeit bewegte die Herzen in ihren heiligsten Empfindungen. Graf Mooren verhielt sich passiv, er schaute zu, ein Gefühl beschlich ihn, welches der Sehnsucht, dem Verlangens gleich — auch so denken, so handeln zu können. Zu ihm mit ihren strahlenden Augen kam zu ihm, beugte sich und hielt ihm ihre Reithalsbinde hin.

„Daß uns anstehen, Väterchen; die Wahrheit soll leben, hoch die Wahrheit!“
Er nahm sein Glas, neigte es zu dem ihren. Es war ein leiser, aber heller, klarer Ton und die Thränen aus seinen Augen mischten sich in den goldenen alten Rheinwein. Dann strich seine Hand ihre Waden von der ersten, offenen Stirne und zärtlich senkte sich sein Blick in den reinen Gluthstrahl ihrer prächtigen dunklen Augen, die wie Sterne in sein Herz leuchteten.

(Fortf. folgt.)

Deutschland.

Berlin, 19. Jan. Heute befaßt sich auch die ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ mit dem Antrage Windthorst. Daß sie denselben als unannehmbar bezeichnen würde, war ja nach der bereits erwähnten officiösen Erklärung vorauszusetzen; was wir aber nicht erwartet hatten, ist die Art und Weise, in der sich das ministerielle Organ heute noch äußert. Der Artikel ist betitelt: „Die kath. Geistlichkeit und die kirchl. Berrüttung.“ Der Nothstand innerhalb der kath. Gemeinden Preußens wird als „unzweifelhaft vorhanden“ bezeichnet, aber die durch eine ganze Reihe kirchenfeindlicher Gesetze verschuldet haben, abgewälzt auf den Papst und die Bischöfe. Von Seiten der Regierung sei schon im Jahre 1873 und 74 auf die tiefste und möglicherweise verhängnisvolle Lage, in welche die Kirche gerathen müßte, und auf die immer schwerer werdende Verantwortung der kirchlichen Führer aufmerksam gemacht worden, welche „ohne eine zwingende innere Nothwendigkeit diese Zustände heraufbeschworen.“ Als ob durch ein solches Aufmerksammachen auf die Folgen ungerechte Gesetze zu gerechten würden!! Bereits im Jahre 1874 habe die Provinzial-Correspondenz sie beschrieben:

„Was verlangt denn der Staat so Entschiedenes, daß die Gebieter in Rom lieber die deutsche Kirche zerrütten, als den Forderungen des Staats nachgeben wollen! Der Punct des Gesetzes, an welchem sich der kaiserliche Widerstand mit allen seinen verhängnisvollen Folgen vorzugsweise anknüpft, ist die Forderung, daß die anzustellenden Geistlichen dem Oberpräsidenten namhaft gemacht werden, damit er Einspruch erheben könne, wenn der Anzustellende den Bedingungen der Staatsangehörigkeit, der geistlichen Unbescholtenheit und der wissenschaftlichen Vorbildung nicht entspricht. (Daß nach Article 3 des § 16 des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai 1873 der Einspruch gegen die Anstellung auch zulässig ist, wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß derselbe den Staatsgesetzen, oder den innerhalb ihrer geistlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Diöcese entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde.“ — diese hauptsächlichste Bestimmung des Gesetzes wird einfach verschwiegen.) Um einer solchen Forderung willen — so geht es dann weiter — welche die Erfüllung des kirchlichen Berufes des geistlichen Hirtenamtes nicht im mindesten beeinträchtigt, sollten die preussischen Bischöfe es dahin kommen lassen, daß sie jenen Beruf überhaupt nicht mehr erfüllen können! Wäre es möglich, daß die gesamte Geistlichkeit des höchsten und alleinigen Antrages, den sie von dem Heilande erhalten hat, der Pflicht der Fürsorge für das Seelenheil der Gemeinden, sich so leicht entziehen könnten! Es kann nicht fehlen, daß mit dem Fortgange der Berrüttung auch in der katholischen Bevölkerung der Zweifel und die Frage laut werden, ob denn die vom Staat geforderte Anzeige wirklich etwas so schändliches und unerfüllbares sei, daß die Bischöfe und Geistlichen darum alles kirchliche Leben zum Stillstand bringen und die Gemeinden alles geistlichen Lebens berauben dürfen, ob die Geistlichen auf solche Weise wirklich ihre Pflichten als „gute Hirten“ im Sinne und Geist der Schrift erfüllen. Es kann nicht fehlen, daß mit dem Fortgange der Berrüttung auch in den katholischen Kreisen immer klarer das Bewußtsein erwache, daß es sich bei dem Widerstande der Bischöfe in Wahrheit nicht um Interessen des katholischen Glaubens, sondern lediglich um die Machtsprüche Roms handelt.“

Diese hundertmal widerlegten Verdrehungen aus dem Jahre 1874 wagt die Provinzial-Correspondenz auch heute noch in die Welt zu schicken und glaubt damit den Beweis geführt zu haben, daß der Staat „für die traurigen Folgen jener Gesetze“ nicht verantwortlich sei, sondern der Papst und die Bischöfe, die das größere Interesse an der Förderung des Seelenheiles der preussischen Katholiken hätten. Demgegenüber widerholen wir: Wir sind Katholiken und Preußen. Als solchen war uns freie Ausübung unserer Religion garantirt durch h. Königsurtheile und Verfassungen. Derselbe zu schütten, war heilige Pflicht der Regierung, um so mehr, als die katholischen Unterthanen in jeder Beziehung ihre Pflicht gegen ihre weltliche Obrigkeit erfüllt hatten. Die preussische Staatsregierung hat diese ihre Pflicht nicht erfüllt, und darum fällt die Schuld an den jetzigen Zuständen ihr zu. Papst und Bischöfe kommen gar nicht in Betracht, denn es handelte sich einfach um die Erfüllung der den Katholiken als preussischen Unterthanen gegenüber übernommenen Verpflichtungen, und so ist es auch heute noch.

— Der Cultusminister hat unterm 7 v. M. folgende Verfügung erlassen: 1) An allen sogenannten Rectoratschulen, ohne Unterschied, ob ihre Ziele nur bis Quinta oder bis einschließend Obertertia eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung reichen, können auch für den Unterricht im Deutschen, in den fremden Sprachen, der Mathematik und Geschichte ebenso pro facultato docendi geprüfte Lehrer zugelassen werden, als solche akademisch oder seminaristisch gebildete Lehrer, welche die Mittelschullehrer- oder Rectoratsprüfung bestanden haben. 2) Volksschullehrer, welche die Mittelschullehrerprüfung nicht bestanden haben, sind in der Regel nur für dieselben Classen zum Unterricht in derartigen Schulen verwendbar, für welche sie an höheren Schulen zugelassen werden. 3) Inwieweit akademisch gebildete Männer auf Grund praktischer Bewährung von der sub 1 gestellten Anforderung der nachträglichen Ablegung einer Prüfung entbunden werden können, bleibt meiner Entscheidung vorbehalten. (gez.) v. Puttkamer.

Berlin, 19. Jan. Der „Tribüne“ zufolge beschloß die „liberale Vereinigung“ (die Gruppe der Secessionisten) einstimmig, gegen den Windthorst'schen Antrag zu stimmen und kein Amendement dazu zu stellen.

— Der Reichszanzler hat dem Bundesrath wiederum den Gesetzentwurf wegen Einführung der zweijährigen Budget- und vierjährigen Legislatur-Periode in unveränderter Fassung vorgelegt.

— Der Finanzminister Bitter erklärte in der Budget-Commission, daß die Einnahmen aus Reichszölle sich in den letzten drei Monaten erheblich verbessert haben und er diese Vermehrung der Steuer als eine dauernde ansehe.

— Bekanntlich hatte der evangelische Oberkirchenrath die Beschwerde des Berliner Magistrats über die Nichtzulassung des Predigers Dr. Hasenclever an der Dorotheenstädtischen Kirche zurückgewiesen und erklärt, daß er es bei der Entscheidung des Consistoriums bewenden lassen müsse. Der Magistrat hat sich hiermit nicht Genüge sein lassen, sondern in einer längeren Eingabe die Entscheidung des Oberkirchenrathes einer Kritik unterzogen. Die „Kreuzzeitung“ bemerkt zu der Eingabe, deren Inhalt uns weiter nicht interessiert: „Von besonderem Interesse ist dabei, daß die Eingabe, welche in solcher Weise die Fürsorge des Magistrats für „das Heil der deutschen Protestantis mus“ betheiligen will, die Unterschrift eines Mitgliedes der römisch-katholischen Kirche trägt.“ Was da von „besonderem Interesse“ sein soll, ist uns nicht recht einleuchtend. Meint etwa die „Kreuzzeitung“ sich dagegen verhalten zu sollen, daß Herr v. Jordanbeck die Eingabe des Berliner Magistrats unterzeichnete, so muß sie doch wissen, daß derselbe solches nicht als „Mitglied der römisch-katholischen Kirche“ that, sondern als Oberbürgermeister der Stadt die Beschlüsse des Magistrats wie in allen anderen Fällen zu vertreten hatte. Oder meint etwa die „Kreuzzeitung“, es müsse sich hier ein „Mitglied der römisch-katholischen Kirche“ einen Eingriff in innere Angelegenheiten der protestantischen Kirche zu? möglich, daß Herr v. Jordanbeck das wirklich thut, aber vergißt denn das Blatt, daß seit zehn Jahren Protestanten und Juden über die inneren und heiligsten Angelegenheiten der katholischen Kirche zu Gericht sitzen und förmlich aburtheilen? Uebrigens dürfte sich Herr v. Jordanbeck selbst dagegen verhalten, sich als „Mitglied der römisch-katholischen Kirche“ betrachtet zu sehen; als wirklicher römischer Katholik würde er, wie der „W. Merk.“ richtig bemerkt, niemals Oberbürgermeister von Berlin geworden sein.

— Die altconservative „Neue Westf. Bztg.“ redet den Conservativen folgendermaßen ins Gewissen: „Leider ist der Culturkampf noch immer die Ursache, daß ein solches Zusammenfinden der conservativ gesinnten Evangelischen und Katholischen, wie es in Breslau geschehen, noch als eine Ausnahme von der Regel gelten muß. Man steht trotz alledem, was vorgefallen ist und was man gemeinam erduldet hat und bekämpfen muß, immer noch am Rande der Klust und ist mißtrauisch gegen einander, obgleich uns doch nur das Vertrauen helfen kann. So können wir auch wirklich nicht begreifen die zurückhaltende Stellung mancher Conservativen bezüglich des Antrages Windthorst, in welchem Freigebeung der Presse und Sakramentsverwaltung verlangt wird. Auch hier erprießt aus dem Mißtrauen die Behauptung, daß dieser Antrag eine Umgehung der Waagegesetze bezwecke. Die Waagegesetze sollen doch wohl die Ausübung der Selbstsorge nicht verhindern. Wir haben immer gehört, daß durch dieselben nur die Rechte des Staates gewahrt werden sollten. Wir vermögen nicht einzusehen, daß ein dieser Rechte verletzt wird, wenn ein katholischer Geistlicher die Waage liest oder ein Sterbender die letzte Delung bekommt. Das sind absolut innerkirchliche Dinge, in die sich der Staat unter keinen Umständen mischen darf. Jener Antrag hat mit dem sogenannten Prinzip der Waagegesetzgebung gar nichts zu schaffen. Specieell die Forderung der Anzeigepflicht, für die auch wir eintreten, wird dadurch nicht berührt. Es ist und bleibt unser letztes Wort: Ohne Beendigung des Culturkampfes ist eine irgendwie verheißungsvolle Reformarbeit auf anderen Lebensgebieten geradezu unmöglich. Die richtigen Grundsätze sind auf der Frankfurter Versammlung ausgesprochen worden.“ Gegenüber der officiösen Warnung an die Conservativen werden diese Worte mit sehr wenigen Ausnahmen ebenso wirkungslos verhallen, wie eine ganz zutreffende Auseinandersetzung des Protestantens Vereins Otto Pfeiderer in der liberalen „Deutschen Revue“ bei den Leuten des Fortschritts. Pfeiderer schreibt:

„Mit dem Civilstandsgezet haben die Cultushandlungen jede politische Bedeutung verloren, sind also zu rein religiösen Angelegenheiten geworden, die als solche folgerichtig nicht mehr der staatlichen Maßregelung unterstehen. Wäre diese im Civilstandsgezet thatsächlich gelegene Consequenz auch wirklich strict gezogen worden, so wäre uns die Berrüttung unserer katholischen Mitbürger durch den Culturkampf zum größten Theile erspart geblieben. Aber hierin hat der Liberalismus während seiner Blüthezeit sich eine große Inconsequenz zu Schulden kommen lassen, die sich schon längst bitter gerächt und zu seinem Niedergang viel mitgewirkt hat. Obgleich seit dem Civilstandsgezet sämmtliche geistliche Amtshandlungen, einschließend Taufe und Trauung, jede staatliche Bedeutung verloren hatten und zu ausschließlich religiösen Handlungen zur Befriedigung frommer Gemüthsbedürfnisse geworden waren, hat der Staat dennoch die Vollziehung derselben durch nicht staatlich approbirte Pfarrer mit dem Strafgezet ver-

folgt und d materiell entse katholischen P Das einfache nst dafür, d mente, den K brechen began nicht der Re ihm zu deutli stehe mit den inbesondere r Liberalismus. Aderrall das gar zu ausfüll hin gemessen von doch oft so war dagege eit nichts wen rant und verles Presse, aber d Blättern Religi einzelnen Berir machte uno al dastelle, auf Schmutzliterat zweifelhaftest Schube der Ge aus dem Boden kampes mande Bruchtheil der liche Erziehung Intoleranz, i und unpolit bestimmt en Partei der Z

Brüffel, 19.
heute ihre zu 2 aufgenommen; nur 40 Mitgl Eisenbahnlini Weerde war ei Charleroi. Auc men; nur von Stadt sah es den Schine di wagen sich au Wasseiges und öffentlichen Ar gierung zur A besondere durch zu thun geden sei die Wittern 50 Jahren nich Noth habe abt Maßregeln zu Ströme wieder beschloß die Ka sten Dienstag, ten sind bereit Erzherzog Rudol Besuche eingetr

Rom, 19.
„Es ist bekannt, hat, in Rom e meine Stimmree Zeit hindurch ni es jetzt, daß die nats angelegt w Tage hierformu Datums hängt neral, namentli im Stande ist, diese Versammu Anfang der Berl geordnetenhanje welche der Jarnu treffenden Geset dem Wunsch d Einwirkung zu l Die Bedeutung i indessen weit üs gebung hinaus; Hintergrund. D baldi gebeten, er und Garibaldi angenommen: „nehme ich den ch Concilium zu ver in jener feierliche dem es sein Red gefassen wird, llich, welches, wie weisen, noch ni Welcher Art die sei, deren das rü aus dem Gefagte Grund zu glau tistischen Ideen g päpsten Ruhe li Zweifel zulassen,

...folge beschloß
...cessionisten)
...trag zu stim-
...rath wiederum
...jährigen
...ur-Periode
...in der Bud-
...leichzöllen
...verbessert ha-
...als eine dau-
...sche Ober-
...Magistrats
...asencleaver
...gewiesen und
...sonstatoriums
...sich hiermit
...ängeren Ein-
...einer Kritik
...der Eingabe,
...Bau besonde-
...des in solcher
...heil des
...en will, die
...atholischen
...interesse" sein
...etwa die
...ten, daß Herr
...Magistrats
...erfolte solche
...Kirche" that,
...die Beschüsse
...zu vertreten
...es maße sich
...Kirche" einen
...testamentarischen
...das wirklich
...sehn Jahren
...den heiligsten
...richt fügen
...sich Herr
...Mitglied
...et zu sehen;
...die der W.
...meister von
...g. redet
...Gewissen:
...riade, daß
...den gesinnten
...esslau ge-
...ellen muß.
...und was
...uß, immer
...gegen
...ten helfen
...reisen die
...bezüglich
...Freigebung
...gt wird.
...hauptung,
...gelege be-
...Ausübung
...immer ge-
...Staates
...inzusehen,
...atholischer
...die letzte
...che Dinge,
...n mischen
...Prinzipie
...ociell die
...eintreten,
...bt unser
...tipes ist
...anderen
...Grund-
...esprochen
...an die
...gen Aus-
...gang zu-
...ereinlers
...n Revue'
...ibt:
...ngen jede
...en Ange-
...mehr der
...villands-
...genem
...en Mit-
...part ge-
...Blätter-
...ssen, die
...viel mit-
...ge ge-
...ung, jede
...religiösen
...nisse ge-
...derselben
...che ver-

folgt und dadurch — trotz seines formal-juristischen Rechtes — materiell entschieden Unrecht begangen, welches die Gemüther seiner katholischen Bürger aufs tiefste verletzete und ihm entfremdete. Das einfache Gefühl des Volkes hatte ja natürlich kein Verstandnis dafür, daß der Pfarrer, der dem Kranken die Sterbesacramente, den Kindern die Taufe gab, damit ein straffälliges Verbrechen begangen haben sollte, bloß deswegen, weil er vom Bischofe nicht der Regierung angezeigt worden war. Sein Instinct sagt ihm zu deutlich, daß dieses Verfahren nicht bloß im Widerspruch steht mit den Grundätzen der Humanität überhaupt, sondern auch insbesondere mit den Grundätzen des gleichzeitig dominierenden Liberalismus. Ueberhaupt kann kein Christlicher dem vulgären Liberalismus, wie er in den Jahren des blühenden Kulturkampfes überall das große Wort führte, den Vorwurf ersparen, daß er gar zu auffällig mit ungleichem Maße nach verschiedenen Seiten hin gemessen hat. Während er sonst Freiheiten über Freiheiten von doch oft recht bedenklicher Art über unserm Volke ausgoß, so war dagegen die Art, wie er Religion und Kirche behandelte, oft nichts weniger als liberal, vielmehr bis zur Rohheit intolerant und verlegend. Wohl war es nur eine gewisse Classe der Presse, aber doch gerade die einflussreichste, welche auf den vorderen Plätzen Religion und Kirche als solche — ganz abgesehen von einzelnen Verirrungen — zur Zielscheibe der köstlichsten Angriffe machte und als Haupthindernis wahrer Humanität und Kultur darstellte, auf den hinteren Plätzen aber zugleich die häßlichste Schmutzliteratur selbst und zum Besuche von Missethätigen der zweifelhaftesten Art einlud. Wirklich schossen ja auch unter dem Schutze der Gewerbetreiberei derartige Veranlagungslocale wie Pilze aus dem Boden, während gleichzeitig unter dem Druck des Kulturkampfes manche Kirche verödete und geschlossen wurde. Ein harter Drucktheil der „Liberalen“ pflegte gegen die Religion, gegen christliche Erziehung und Sitten eine eigenhändige Liberalität zu üben. Intoleranz bleibt aber immer gleich sehr inhuman und unpolitisch, möge sie nun im Interesse einer bestimmten religiösen Partei oder im Interesse der Partei der Freireligiösen ausgeübt werden.“

Belgien.

Brüssel, 18. Jan. Die Deputirtenkammer hat heute ihre zu Weihnachten ausgelegten Beratungen wieder aufgenommen; des schlechten Wetters wegen waren aber nur 40 Mitglieder erschienen. Der Schneesturm hat die Eisenbahnenlinien unweegsam gemacht, zwischen Mecheln und Weerde war ein Zug entgleist, desgleichen einer dießseits Charleroi. Auch von Lüttich her war nicht durchzukommen; nur von Verviers fehlte niemand. In hiesiger Stadt sah es heute sehr wüst aus, der eilige Wind jagte den Schnee durch die Straßen, nur wenige Menschen wagten sich aus den Häusern. — Die Vertreter Namüres Wasseiges und Tournays stellten an den Minister der öffentlichen Arbeiten die dringliche Frage, was die Regierung zur Abwehr der durch die großen Ströme, insbesondere durch die Maas verursachten Wasserfluth zu thun gedenke. Sainteleute bemerkte, ausnahmsweise sei die Witterung dieses Winters so schlecht, wie sie seit 50 Jahren nicht gewesen, die dadurch entstandene große Noth habe aber auch die Regierung schon veranlaßt, Maßregeln zu treffen, welche verhüten könnten, daß die Ströme wieder solche Verwüstungen anrichten. Hierauf beschloß die Kammer, sich auf eine Woche, bis zum nächsten Dienstag, zu vertagen. — Für die Ueberschwemmten sind bereits 51000fr gesammelt worden. — Der Erzherzog Rudolf von Oesterreich ist hier bei Hofe zum Besuche eingetroffen.

Italien.

Rom, 19. Jan. Der „Köln. Ztg.“ wird geschrieben: „Es ist bekannt, daß die demokratische Partei beschloffen hat, in Rom eine große Versammlung für das allgemeine Stimmrecht abzuhalten. Nachdem man längere Zeit hindurch nichts von dieser Angelegenheit gehört, heißt es jetzt, daß die Zusammenkunft etwa auf Ende des Monats angelegt worden sei. Garibaldi soll zu dem großen Tage hieherkommen, und die genauere Feststellung des Datums hängt noch von dem Befinden des alten General, namentlich von der Frage ab, wann er zu reisen im Stande ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Versammlung keinen Zweck hat, wenn sie nicht zu Anfang der Verhandlungen über die Wahlreform im Abgeordnetenhaus abgehalten wird, und die Verzögerungen, welche der Barnardelli-Rancinische Bericht über den betreffenden Gesetzesvorschlag erleidet, dürften vielleicht mit dem Wunsche der „Patrioten“, Garibaldi die Zeit zur Einwirkung zu lassen, in Zusammenhang zu bringen sein. Die Bedeutung dieses Auftretens Garibaldis erstreckt sich indessen weit über den offensichtlichen Zweck der Kundgebung hinaus; sie hat einen entschieden „irredentistischen“ Hintergrund. Die Italianissimi von Triest haben Garibaldi gebeten, er möge sie bei der Gelegenheit vertreten, und Garibaldi hat diese Aufgabe mit folgendem Briefe angenommen: „Danke für den freundlichen Gedanken nehme ich den ehrenvollen Auftrag an, auch im römischen Concilium zu vertreten, gewiß, daß an jenem Tage und in jener feierlichen Versammlung das römische Volk, indem es sein Recht zurückbegehrt, nicht die Pflicht vergessen wird, die Pflicht des nationalen Programms nämlich, welches, wie Trient und euer patriotisches Triest beweisen, noch nicht erfüllt ist. Ganz euer Garibaldi.“ Welcher Art die „Pflicht des patriotischen Programms“ sei, deren das römische Volk nicht vergessen darf, geht aus dem Gefagten hinreichend hervor. Ich habe sogar Grund zu glauben, daß Garibaldi es mit den irredentistischen Ideen gerade jetzt ernster nimmt, als der europäischen Ruhe lieb sein kann. Beläge, die kaum einen Zweifel zulassen, machen es wahrscheinlich, daß Garibaldi und seine Anhänger im kommenden Frühjahr einen Putz gegen Triest beabsichtigen. Der Held von Mentana ist rücksichtslos genug, Italien ein so gefährvolles Wagnis auf den Hals zu laden, und es sind augenblicklich in Italien wie im Auslande geheime Subscriptionslisten für das Unternehmen im Umlauf. Indem ich Ihnen dies schreibe, bin ich mir wohl bewußt, eine Mittheilung in die Welt zu senden, in der Manche eine Sensationsnachricht werden sehen wollen und die überdies fast selbstverständlich den Widerspruch derjenigen herausfordert, deren Anschlägen die Enthüllung unbecommt kommt. Diese Bedenken können indeß nicht bestimmend für mich sein, da ich auf Grund meiner Ermittlungen die Sache für ernsthaft, ihre Veröffentlichung also für pflichtgemäß halten muß.“

Rußland.

Kiew, 19. Jan. Am Sonntag wurden 12 Männer und 2 Frauen verhaftet, da dieselben im Verdacht standen, einer gefährlichen geheimen Gesellschaft anzugehören. Bei der Hausdurchsuchung wurden Programme der äußersten terroristischen Fraktion, worin Brandstiftung und politische Morde empfohlen werden, sowie Revolver, Dolche, Beile, Vorrichtungen zu Pufferschüssen, ein Theil von einer geheimen Typographie, eine bedeutende Anzahl Proklamationen und revolutionäre Broschüren aufgefunden. Ferner wurden 122 Exemplare der Namens des südlichen Arbeitervereins abgefaßten Proklamation über Ermordung eines Beamten des Militärbezirks Kiew vorgefunden. Die Proklamation ist in Form eines Urtheils abgefaßt, spricht von einer bereits vollzogenen Ermordung und war aufbewahrt, um nach geschehener That verbreitet zu werden. Zur Ausführung des Verbrechens war schon Alles angeordnet, sie ist aber durch rechtzeitige Entdeckung noch verhindert worden.

Rheinland-Westfalen.

Grefeld, 18. Jan. Die Niederheinische Volksztg. schreibt: „Ganze hatte man hier in Grefeld von der Social-Demokratie nichts mehr vernommen. Seit einigen, gleich nach Emanation des Socialisten-Gesetzes vorgenommenen Hausdurchsuchungen bei angeblichen hiesigen Social-DEMOKRATEN nach „verbotenen Schriften“, welche meist resultatlos verliefen, schien die Social-Demokratie hier vollständig verschwunden. Erst vor einigen Monaten hatten einige hiesige Social-DEMOKRATEN eine Zusammenkunft in Jüchen, wobei Reden gehalten und socialistische Schriften verbreitet wurden. Bald nachher langte auf dem hiesigen Postamt aus Dresden ein best. Packet an, welches socialistische Schriften und zwar „verbotene“ enthielt; das Packet wurde angehalten, gerichtlich beschlagnahmt, und bei dem Adressaten fand eine Hausdurchsuchung statt. Hierbei soll es sich bereits herausgestellt haben, daß seit einiger Zeit von nach hier (meist aus Schlesien) eingewanderten Social-DEMOKRATEN insgeheim eine tüchtige Agitation entfaltet wird. In Verbindung mit dieser Agitation dürfte demnach auch wohl eine Versammlung stehen, welche am Sonntag ganz still und heimlich auf der Charlottenburg abgehalten wurde. Die Polizei hatte zwar Wind davon, daß eine social-demokratische Versammlung stattfinden werde, über den Versammlungsort aber erfuhr sie Gewisses erst im letzten Augenblick. Als die Versammelten das Local bereits verlassen hatten, wurde eine Anzahl derselben von der Polizei auf der Marktstraße angehalten und zunächst zur Centralhalle geführt. Eine dort vorgenommene Perquisition soll genug Material ergeben haben, um eine vorläufige Festsetzung der Angehaltenen auf Grund des bekannten Socialisten-Gesetzes zu rechtfertigen. Die darauf erfolgte polizeiliche Vernehmung der Verhafteten ergab, daß in der Charlottenburg in der That eine social-demokratische Versammlung stattgefunden, und daß man dabei für social-demokratische Zwecke Geld gesammelt hatte. Ferner soll sich herausgestellt haben, daß der Besitzer des Locals vorher zur Herausgabe desselben aufgefordert worden war und am den Zweck der Versammlung gewußt hat. Eine gerichtliche Untersuchung auf Grund des Socialisten-Gesetzes ist bereits eingeleitet. Die fremden Social-DEMOKRATEN, welche sich nicht legitimiren konnten, wurden in Haft behalten; die einheimischen sind bereits wieder in Freiheit gesetzt worden. Die Polizeibehörde ist allerdings durch das Socialisten-Gesetz zu ihrem Verfahren gezwungen; des Wilschen Social-DEMOKRATEN wegen übrigens, welches hier in Grefeld vorhanden ist, braucht nicht ein so gewaltiger Apparat entfaltet zu werden. Die Grefelder Arbeiterbevölkerung hat sich einen viel zu gefunden und religiösen Sinn bewahrt, als daß sie die Aufbebung ihrer Lage und die Hebung ihres Standes im Anschluß an die social-demokratischen Bestrebungen zu suchen geneigt ist.“

Elberfeld, 19. Jan. Gestern Nachmittag ereignete sich, laut der „Köln. Ztg.“, in der Sadowastrasse ein schrecklicher Unglücksfall. Ein etwa 12-jähriger Knabe fuhr auf einem Handschlitten die Straße hinab, als plötzlich ein Mißgeschick in die Straße einbog. Der Führer des Schlittens konnte dem im schnellsten Tempo dahinfliegenden Schlitten nicht ausweichen, und so geschah es, daß der Knabe unter Pferd und Kader geriet und schwer verwundet wurde. Eine in der Nähe wohnende Familie nahm sich des Unglücklichen an und sorgte für schnelle Hilfe durch einen Arzt. Letzterer mußte leider lebensgefährliche Verletzungen constatiren.

Kupferdreh, 17. Jan. Am Samstag Abend ereignete sich, der „Köln. Ztg.“ zufolge, im benachbarten Niederwengen ein gräßlicher Unglücksfall. Die Frau Theod. R. erlitt durch eine brennende Petroleumlampe derartige Brandwunden, daß sie noch am demselben Abend ihren schrecklichen Schmerzen erlag. Ob die Lampe explodirte oder ob die Frau mit derselben in der Hand zu Falle kam, ist nicht bekannt. Man fand dieselbe mit brennenden Kleidern im Zimmer liegen, als Hülfe leider schon zu spät war.

Offen, 19. Jan. Heute Vormittag wurden, wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, die in der Brandstraße wohnenden Eheleute Oshändler R. betäubt im Bette vorgefunden. Dieselben hatten sich gestern Abend auf ihr Schlafzimmer begeben, einen brennenden mit Holzkohlen gefüllten Kohlentopf mit daraufgenommen, und

waren unbeforgt eingeschlafen. Heute Morgen fiel es dem Dienstmädchen auf, daß sie ausblieben, bis endlich die gewaltsame Oeffnung der Schlafstubeenthür veranlaßt wurde. Wäre dies eine Stunde später geschehen, so hätte man beide Eheleute als Leichen vorgefunden. Es wurde sofort ärztliche Hülfe herbeigeholt und gelang es denn auch, Beide ins Leben zurückzurufen.

Köln, 20. Jan. Durch starke Schneewehen in Frankreich, Belgien und Holland erleiden die Bäume mehr oder weniger bedeutende Verletzungen. Der um 8 Uhr fällige Pariser Schnellzug traf erst vormittags 11 Uhr 30 Min. hier ein. Wie von Köln sendend mitgetheilt wird, sind Thal einschnitte, durch welche die Bahnen führen, bis zu 2m hoch zugeweht. Auch aus England wird starker Schneesturm gemeldet.

Ahrweiler, 19. Jan. Von der Ahr schreibt man der „Köln. Volksztg.“: Am 13. d. fand im Winterhause zu Ahrweiler der zweite Verbandstag aller Winger-Vereine statt unter Vorh. des Herrn Franz Bresgen, welcher, wie auch Herr Director Lenns von Neuenahr, als Ehrenpräsident geladen war. Vertreten waren sämtliche elf Vereine an der Ahr und zwei vom Rhein (Nüdesheim und Leutesdorf), jeder Verein durch mehrere Mitglieder seines Vorstandes, welche insgesamt 578 genossenschaftliche Vereine zu vertreten hatten. Beschlossen wurde 1. daß der nächste Versammlungsort Walporzheim sei, und in Zukunft der Präsident desjenigen Winger-Vereins, bei welchem die Versammlung stattfindet, auch die Geschäfte für den ganzen Verband im laufenden Jahre führen soll; 2. eine Petition an den Reichstag zu richten gegen die Einfuhr ausländischer Trauben; 3. als Vereins-Organ soll das in Neuwied monatlich ein Mal erscheinende Genossenschaftsblatt gehalten und benutzt werden; 4. ein Separat-Abdruck des in den „Christlich-socialen Blättern“ enthaltenen Aufsatze über „Wein, Winger und Winger-Vereine“ (Verfasser Eising, Beneficiat in Nüdesheim) soll in 1000 Exemplaren zur Vertheilung kommen.“

Linden a. d. R., 17. Jan. Man berichtet der „Köln. Ztg.“: Es sind jetzt hier sehr nach einander acht Personen in drei Familien an der Trichinosis erkrankt. Dieselben haben Fleisch von einem und demselben Schweine genossen. Letzteres ist Mitte December geschlachtet und von einem angestellten und vereideten Fleischbeschauer vorher auf Trichinen untersucht worden. Dieser Mann hat bezeugt, daß er keine Trichinen entdeckt habe. Der die Kranken behandelnde Arzt, Dr. Krüger, hat die nochmalige Untersuchung des Fleisches auf Trichinen angeordnet, und dabei sind von dem Fleischbeschauer Vorgarbt in Hattlingen, sowie von dem Dr. Weiß dahier Trichinen gefunden worden, so daß das noch vorhandene Fleisch beschlagnahmt wurde. Die Erkrankten sollen glücklicher Weise außer Lebensgefahr sein.“

Sombrach (Barop), 18. Jan. Die „Dortm. Ztg.“ berichtet: Am vergangenen Freitag verunglückte der 3-jährige Knabe eines Arbeiters dadurch, daß er in einem unbewachten Augenblick tosenden Kaffee aus dem Halse einer auf dem Tisch stehenden Kaffeemaschine trank. Sofort wurde ärztliche Hülfe requirirt und der Arzt konstatierte, daß der Schlund und andere Theile verbrannt waren. Nach 40 Stunden gab das Kind seinen Geist auf.

Soest, 17. Jan. Der zweite Hauptgewinn der Kölner Dombau-Lotterie fiel auf Nr. 221 164 in die Collecte des Herrn Kaufmanns Gustav Schulenburg hieselbst. Der glückliche Gewinner ist Mühlenbesitzer Rhode in Dettlinghausen.

Bermischtes.

— [Gerichtsscene.] Richter: „Wie kommen Sie dazu, diesen Herrn zu verklagen — er hat doch nur gesagt, ich verliere Sie.“ — Kläger: „Ja eben deshalb — das ist eine Infamie! Der Herr ist Agent einer Schweine-Versicherungs-Gesellschaft.“

— Brangel-Anecdote. Als der König einmal bei Gelegenheit von Brangels Geburtstagen diesem mit besonderer Wärme die Hand gedrückt hatte und die Freunde des Hofmarschalls ihm sagten, er hätte doch die Handschube vorher ausziehen sollen, sagte Brangel: „Lieben Kinder, ist nicht nöthig, denn meines Königs Händruch fühle ich auch durch den Leder.“

— [Musikalisches Reimlexikon.] Ein amerikanisches Blatt bringt die Namen folgender, zumeist bekannter Musiker in Versform:

- Händel, Mendel, Mendelssohn,
Brendel, Mendel, Zadasohn,
Müller, Müller, Müller, Müller,
Blotow, Blotow, Blotow, Blotow,
Reyer, Reyer, Reyerbeer,
Reyer, Reyer, Reyer, Reyer,
Löhner, Löhner, Löhner, Löhner,
Hill, Hill, Hill, Hill, Hill, Hill,
Janien, Janien, Janien, Riel,
Stade, Stade, Stade, Stiehl,
Raumann, Raumann, Hühnerfähr,
Riemann, Riemann, Diener, Wärf.
Kochler, Kochler, Rubinstein,
Himmel, Himmel, Rosenstein,
Lauer, Lauer, Kleinde,
Romberg, Romberg, Reinecke.

— [Aus der Instruction.] Lieutenant: „Wie lange marschirt ein guter Soldat?“ — Rekrut: „So lange wie er kann.“ — Lieutenant: „Nee, so lange, bis er nicht mehr kann.“ — Geschäftsmann: „Na, Jaakke, was würdest du thun, wenn dein Schwesterchen Judith sterbe thät?“ — „Werde thät ich se.“

Abonnements

für die Monate Februar und März
des Quartalspreises, können bei allen Postanstalten, bei unseren Boten, sowie in der Expedition angemeldet werden.
Gesellschaft für Buchdruckerei:
Joseph Voigt, W. Schmidt.
Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die Jannar-Nummern des „St. Quirinus-Blattes“ gratis nachgeliefert.

